

Der islamische Traum vom Kalifat

„Wenn der Islam an die Macht kommt, ist ein Land verloren“, betonte die renommierte Islamkritikerin und Sozialwissenschaftlerin Necla Kelek in einem Interview mit der „NZZ“ 2023. Der Satz war und ist eine deutliche Warnung: Es geht um Radikalisierung, Bedrohung der demokratischen Strukturen und den Traum einer islamischen Machtübernahme durch ein Kalifat.

Das Kalifat ist nach islamischem Verständnis ein Regierungssystem, das zentrale Bedeutung hat: Es gilt als „ideale“ Regierungsform, welche die Muslime unter einem Kalifen vereint und die Scharia (das islamische Gesetz) vollständig durchsetzt. Der Kalif gilt darin als Stellvertreter Allahs. Der Traum von der Rückkehr zu einem solchen Staat, ähnlich zur Zeit Mohammeds, ist bis heute für viele Islamanhänger ein Ziel. Bestrebungen, das Kalifat wieder zu errichten, führten in den letzten Jahrzehnten weltweit zu politischen Bewegungen und bewaffneten Konflikten.

Ziel des Kalifats ist, den Islam weltweit unter jedem Volk und jeder Nation zu verbreiten und dazu die Scharia einzig und alleine als legitime Gesetzgebungsquelle durchzusetzen. Das Kalifat war zu allen Zeiten existent, und zwar vom Zeitpunkt an, als Mohammed sich in Medina niederliess, bis zum Ende des Osmanischen Reichs 1924. 2014 rief Abu Bakr al-Baghdadi, Oberhaupt des Islamischen Staats (IS), das Kalifat über Teile Syriens und dem Irak aus – mit ihm als weltlichem und geistlichem Führer, bevor er 2019 getötet wurde.

Entstehung

Das Kalifat als politische Institution des Islam entstand nach dem Tod Mohammeds im Jahr 632 n.Chr. Es basiert auf der Vorstellung, dass ein Nachfolger, d.h. der Kalif (arab. *Chalifa* Nachfolger oder Stellvertreter), sowohl die religiöse als auch die weltliche Führung der islamischen Gemeinschaft (Umma) übernehmen sollte. Die ersten Kalifen, die im Islam als „rechtgeleitete Kalifen“ (al-Khulafā' ar-Rāshidūn) bezeichnet werden, regierten von 632 bis 661 n. Chr.: Abu Bakr, Umar, Uthman und Ali (welcher der Schwiegersohn Mohammeds war). Unter ihrer Herrschaft dehnte sich das islamische Reich durch Eroberungen rasch aus und erstreckte sich von der Arabischen Halbinsel bis nach Nordafrika und Zentralasien.

Die Vorstellungen zum Kalifat waren jedoch umstritten. Bereits nach dem Tod Mohammeds kam es zu heftigen Auseinandersetzungen darüber, wer als rechtmässiger Kalif gelten sollte. Diese Uneinigkeit führte zur Spaltung des Islam in die beiden Hauptgruppen Sunniten und Schiiten. Während die Sunniten die Wahl eines Kalifen durch die muslimische Gemeinschaft befürworteten, wollten die Schiiten die Nachfolge Mohammeds nur durch seine direkte Linie (Schwiegersohn Ali und dessen Nachkommen) zulassen. Diese Differenzen prägten die islamische Geschichte bis heute.

Die Zeit der Umayyaden und Abbasiden

Nach dem Ende der ersten vier Kalifen übernahmen die Umayyaden die Macht (661–750). Dieser Stamm verlegte die Hauptstadt des Kalifats von Medina nach Damaskus und baute ein zentralisiertes Reich auf. Die Umayyaden-Kalifen führten das Reich durch eine Reihe von militärischen Eroberungen zu seiner grössten territorialen Ausdehnung. Unter den Umayyaden entwickelte sich das Kalifat zu einer erblichen Regierungsform, was zu wachsendem Unmut in weiten Teilen der islamischen Welt führte.

Dieser Unmut führte schliesslich zum Sturz der Umayyaden durch die Abbasiden, die 750 die Herrschaft übernahmen und die Hauptstadt des Kalifats nach Bagdad verlegten. Das riesige Reich der Abbasiden war schwer zu regieren. Zunehmend setzten sich regionale Herrscher durch, die ihre Unabhängigkeit vom Kalifat erklärten. Diese Entwicklung führte zur Fragmentierung des einst mächtigen Kalifats und das zentralistische Herrschaftssystem verlor an Bedeutung. Der Einfall der Mongolen im Jahr 1258 und die Eroberung Bagdads bedeuteten schliesslich das Ende der Abbasiden als politische Macht.

Zusammenbruch und Wiederaufbau

Endgültig abgeschafft wurde das Kalifat durch die Türkei unter Atatürk, welcher 1924 dem Land eine Verfassung als Republik gab. Dieser endgültige Zusammenbruch des osmanischen Kalifats wurde von vielen Muslimen als falsch empfunden. So entstand unter der Führung von Hassan al-Banna im Jahr 1928 in Ägypten die Muslimbruderschaft mit dem Ziel, den Islam politisch und sozial zu „erneuern“ und langfristig das Kalifat wiederherzustellen. Die Bewegung breitete sich rasch aus und wuchs zu einer der einflussreichsten islamistischen Organisationen.

In den letzten Jahrzehnten haben weitere islamische Bewegungen weltweit die Errichtung eines Kalifats gefordert. Gruppen wie Al-Qaida und der Islamische Staat (IS) versuchen, ein solches Regime durch militante Gewalt umzusetzen, während Organisationen wie die Hizb ut-Tahrir (Partei der Befreiung) dies noch auf politischem Weg anstreben. Letztere ist in vielen Ländern aktiv, wurde jedoch u.a. in Deutschland und einigen zentralasiatischen Staaten verboten, da sie als Bedrohung für die nationale Sicherheit eingestuft wird.

Europa und die Rufe nach einem Kalifat

In Europa gibt es immer wieder Demonstrationen und radikale Prediger, die das politische System des Landes ablehnen und stattdessen ein Kalifat fordern. So forderten 2023 und 2024 tausende von Teilnehmern in Essen und Hamburg die Einführung eines Kalifats. Sie zogen mit Plakaten mit Slogans wie „Deutschland = Wertediktatur“ und „Kalifat ist die Lösung“ durch die Strassen. Organisator der Demonstrationen war die 2020 gegründete Gruppierung „Muslim Interaktiv“ (MI). Deutsche Sicherheitsbehörden ordnen MI in ideologischer Nähe zu Hizb ut-Tharir ein.

Dass solche Entwicklungen und Forderungen in Europa für gesellschaftspolitische Spannungen sorgen und zum Hemmschuh der Integration werden, verwundert kaum. Sicherheitsbehörden stehen vor neuen Herausforderungen, insbesondere, da sich die Propaganda solcher Gruppen oft an junge Muslime richtet, die sich von der westlichen Gesellschaft entfremdet fühlen und sich nach einer islamischen Identität und Herrschaft sehnen. Und diese finden sie in der Idee des Kalifats.

Mehr Infos zum Thema Islam, Anfragen zu Vorträgen oder Nachbestellung des Infoblatts:
Zukunft CH Tel. +41 (0) 52 268 65 00
Zürcherstrasse 123 CH-8406 Winterthur
www.zukunft-ch.ch